

PRESSEMITTEILUNG / 08.10.2010

Bauernbund Brandenburg für Obergrenzen bei Agrarsubventionen

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die Absicht der EU-Kommission, bei der Fortschreibung der gemeinsamen Agrarpolitik 2013 betriebliche Obergrenzen für Direktzahlungen einzuziehen. Entsprechende Informationen enthält ein inoffizielles Reformpapier, das seit gestern europaweit diskutiert wird.

„Wer keine Agrarindustrie will, sondern eine vielfältige Landwirtschaft und einen lebensfähigen ländlichen Raum, der kommt um eine Kappung bei den Agrarsubventionen nicht herum“, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz. In den USA sei diese seit vielen Jahren Praxis und auch die EU müsse dafür Sorge tragen, dass Steuergelder nicht direkt in die Taschen außerlandwirtschaftlicher Geldanleger wandern. Der Bauernbund werde sich daher intensiv an der Diskussion um die Ausgestaltung der Obergrenzen beteiligen.

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*